

mitarbeiten 03/2021

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Neuerscheinung

Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft

Wenn es gelingt, Konflikte konstruktiv auszutragen, entsteht eine neue Qualität des Zusammenlebens und der lokalen Demokratie. Eine neue Publikation der Stiftung Mitarbeit, die in Kooperation mit dem Bund für soziale Verteidigung entstanden ist, stellt vor diesem Hintergrund ausgewählte Praxisbeispiele aus Deutschland, der Slowakei, aus Bosnien-Herzegowina, aus Indien und den USA vor. Die ermutigenden kommunalen Ansätze aus verschiedenen Ländern der Welt zeigen trotz aller Unterschiede Wege für ein demokratisches und kooperatives Zusammenleben sowie für eine friedliche Nachbarschaft auf.

Die Bereitschaft zum Dialog und die Fähigkeit, Konflikte friedlich zu regulieren, sind demokratische Schlüsselqualifikationen, die in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft immer wichtiger werden. Ein Zusammenleben ohne Konflikte ist kaum vorstellbar; ob Konflikte jedoch als störend, bedrohlich, destruktiv oder schmerzvoll erlebt werden, hängt davon ab, wie sie ausgetragen werden. Konflikte konstruktiv auszutragen gelingt in der Regel immer dann, wenn sich die Beteiligten gemeinsam auf die Suche nach einer Lösung machen, die allen Parteien gerecht wird.

Konfliktbearbeitung wird oftmals mit internationaler, grenzüberschreitender Arbeit gleichgesetzt. Dabei wird übersehen, dass die unterschiedlichen Akteure der zivilen Konfliktbearbeitung auch ganz konkret und vor Ort in den Kommunen ihren Beitrag für eine friedliche Nachbarschaft leisten. Die im Buch beschriebenen Ansätze

geben deshalb praxisnahe Impulse, wie sich Prozesse der Versöhnung, des Dialogs und der konstruktiven Konfliktbearbeitung vor der eigenen Haustür anstoßen lassen.

Im einleitenden Beitrag von Bernd Rieche und Christof Starke zeigt sich, wie wichtig zu Beginn eine sorgfältige Konfliktanalyse ist. Dazu müssen neben den beteiligten Personen auch die Institutionen, ihr konfliktsensibles oder deeskalierendes Handeln in den Blick genommen werden. Daneben gilt es, die kulturellen Prä-

gungen der Beteiligten anzuerkennen und einzubeziehen. Als mögliche Handlungsansätze beschreiben die Autoren die dialogische und solidarische Arbeit auf Seiten von Benachteiligten (Empowerment), eine allparteiliche Moderation sowie Bildungsarbeit und Kompetenzvermittlung in ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Hagen Berndt und Wolfgang Dörner stellen in ihrem Beitrag die Grundsätze der kommunalen Konfliktberatung vor

und illustrieren sie anhand zweier kommunaler Fallbeispiele.

Ein weiterer Beitrag skizziert den Ansatz, Runde Tische zur Bearbeitung von Nachbarschaftskonflikten einzusetzen. Für den Erfolg des Konzepts spielen vertieftes Kennenlernen und persönliche Beziehungen eine große Rolle. Katty Nöllenburg und Fatih Yildiz berichten am Hamburger Beispiel über die Vorteile der gleichberechtigten Teilhabe und der direkten Kommunikation, die eine besondere Qualität der Bürgerbeteiligung ermöglichen. Der langfristige Ansatz eines Runden Tisches bietet Möglichkeiten, über Jahre hinweg präventiv Konflikte des Stadtteils zu bearbeiten.

Die Beispiele aus Deutschland werden im Buch durch internationale Perspektiven ergänzt. So beschreibt die indische Soziologin Shruti Chaturvedi in ihrem Artikel den Ansatz des »Zusammengesetzten Erbes« (Composite Heritage) zur Überwindung von Konflikten. Die in Neu-Delhi lebende Autorin zeigt am Beispiel ihrer Arbeit mit Menschen unterschiedlicher Kasten in indischen Dörfern, wie es gelingen kann, Traditionen angepasst an die heutige Zeit wiederzubeleben. Ziel ist es, die soziale Würde aller Beteiligten zu wahren oder wiederherzustellen.

Der Autor Thomas Handrich widmet sich in seinem Beitrag der Roma-Minderheit in der Slowakei. Er identifiziert als einen Erfolgsfaktor der lokalen Konfliktbearbeitung die kontinuierliche, ehrliche und empathische Zusammenarbeit zwischen allen Bevölkerungsgruppen, die in der Lage ist, gegenseitiges Misstrauen abzubauen, Vertrauen zu schaffen und so für die Romno den Teufelskreis von Armut

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

Konfliktbearbeitung...

und Perspektivlosigkeit zu unterbrechen.

Im Mai 2020 wurde in Minneapolis/USA der Afroamerikaner George Floyd während einer gewaltsamen Festnahme durch einen der beteiligten Polizisten getötet. In der Folge kam es in vielen Städten Amerikas zu Unruhen und Protesten. Claire Guinta und Caro Carty, Mitarbeiterinnen der us-amerikanischen Nichtregierungsorganisation Nonviolent Peaceforce, berichten über den Versuch einer engagierten Gemeinschaft von Freiwilligen, vor Ort alternative und zivilgesellschaftlich getragene Sicherheitsstrukturen aufzubauen, die auf sozialen Beziehungen gründen und nicht auf Waffengewalt.

Der schwierige und oft anstrengende Prozess der Versöhnung wird im Beitrag von Nedzad Novalic und Davorka Turk deutlich. Sie arbeiten seit vielen Jahren mit Kriegsveteranen, Soldaten und Opferverbänden aller Seiten zusammen, um die Kriegsgräuere der 1990er Jahre im ehemaligen Jugoslawien aufzuarbeiten. Ein Schwerpunkt ist dabei die gemeinsame Kennzeichnung von Orten, an denen Kriegsverbrechen stattgefunden haben.

Die Beispiele zeigen: Konfliktbearbeitung braucht zumeist einen langen Atem, Vertrauensaufbau und Konfliktbearbeitung gelingen nicht von heute auf morgen. Komplexe kommunale Konflikte brauchen Zeit, damit sie konstruktiv und erfolgreich ausgetragen werden können. Die Autorinnen und Autoren sind sich einig, dass nur langfristige und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Prozesse der Konfliktbearbeitung in der Lage sind, die notwendige Transparenz sowie die Beteiligung und das Engagement der Bürger und Bürgerinnen zu garantieren.

Outi Arajärvi, Christine Schweitzer (Hrsg.): Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft. Praxisbeispiele für ein friedliches Miteinander aus Deutschland, der Slowakei, Indien, den USA und Bosnien-Herzegowina. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 57, Bonn 2021, 118 S., ISBN 978-3-941143-46-3, zu beziehen über den Buchhandel oder unter www.mitarbeit.de

Verlag

Direkte Demokratie

Die direkte Demokratie hat sich erfolgreich in der bundesdeutschen Beteiligungslandschaft etabliert. Insbesondere auf kommunaler Ebene wird sie seit vielen Jahren erprobt und durch Bürgerinnen und Bürger, durch Politik und Zivilgesellschaft regelmäßig genutzt. Dennoch entzündet sich in der kommunalen Praxis vor Ort immer wieder Kritik an der sog. sachunmittelbaren Demokratie, und auch auf Bundesebene wird über die Einführung von Volksentscheiden kontrovers diskutiert. Eine Publikation der Stiftung Mitarbeit beleuchtet aus verschiedenen Perspektiven die Chancen, Grenzen und Herausforderungen der direkten Demokratie.

Seit Mitte der 1990er Jahre wächst die Zahl der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Deutschland kontinuierlich. Im Schnitt werden jährlich etwa 300 neue Verfahren in Gemeinden, Städten und Landkreisen gestartet. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gehören somit auf kommunaler Ebene vielerorts zum Alltag. Während für die Gestaltung dialogorientierter Bürgerbeteiligung mittlerweile umfassende Qualitätskriterien vorliegen, fehlen diese für den Bereich der direkten Demokratie. Vor diesem Hintergrund widmet sich Professorin Claudia Ritz in ihrem Beitrag den Qualitätsstandards der direkten Demokratie.

In Deutschland verfügen laut Umfragen die Befürworter/innen der direkten Demokratie auf Bundesebene über eine Mehrheit, die sich allerdings im parlamentarischen Raum nicht abbildet. Professor Roland Roth analysiert in seinem Beitrag die aktuelle Lage und skizziert unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungstendenzen und Erfahrungen die Argumente für und gegen die direkte Demokratie auf Bundesebene.

Ob die Schließung eines Schwimmbads oder der Neubau eines Museums: insbesondere an kommunalen Infrastrukturvorhaben entzündeten sich regelmäßige Konflikte. Im kommunalen Dreieck von direkter, dialogischer und repräsentativer Demokratie verlaufen die Konfliktlinien in der Regel quer durch Einwohner- und Bevölke-

rungsgruppen, Zivilgesellschaft, Politik, Parteien und Verwaltung. In diesem Zusammenhang steuert Professor Klaus Selle in seinem Beitrag Beobachtungen aus der Perspektive kommunaler Stadtentwicklungspolitik bei.

Diskursive Bürgerbeteiligungsverfahren und direktdemokratische Abstimmungen sind zwei wesentliche Ansätze zur Stärkung der

partizipativen Demokratie. Sie unterscheiden sich allerdings in ihren Eigenschaften, Qualitäten und Einsatzmöglichkeiten. Hans-Liudger Diemel, Professor für Arbeitslehre, Technik und Partizipation an der TU Berlin, macht in seinem Beitrag Vorschläge, ob und ggf. wie sich die unterschiedlichen Ansätze insbesondere

auf kommunaler Ebene verbinden und nutzen lassen.

Weitere Beiträge widmen sich unter anderem unserem Nachbarland Schweiz, das gemeinhin als direktdemokratisches Musterland gilt, oder der Frage, wie Bürgerhaushalte, Bürgerbudgets und Beteiligungsfonds als Formen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene gelingen können. Das Buch richtet sich an Verantwortliche und kommunale Praktiker/innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft.

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Direkte Demokratie. Chancen, Grenzen und Herausforderungen. Bonn 2020, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 29, 200 S., ISBN 978-3-941143-40-1, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Digitale Daten und Demokratie

Ob Konsum, Mobilität oder Arbeitswelt: Die Digitalisierung hat einen grundlegenden Wandel vieler gesellschaftlicher Bereiche zur Folge. Auch die Demokratie, die politische Kultur und die politische Kommunikation geraten durch die fortschreitende Digitalisierung und dem damit verbundenen Dauerfeuer sozialer Medien unter Druck. Die demokratiepolitischen Ambivalenzen sind ein Teil der unbeabsichtigten Nebenwirkungen der Digitalisierung, deren Aufklärung Ziel eines transdisziplinären Forschungsvorhabens ist, an dem die Stiftung Mitarbeit seit 2018 mitgewirkt hat. Mit dem nun zu Ende gehenden Projekt DiDaT soll so ein Beitrag zur verantwortungsvollen, nachhaltigen Nutzung von digitalen Daten in Deutschland geleistet werden.

N ahezu alle für die Bewahrung, Weitergabe und Verarbeitung von Informationen erzeugten Daten werden heute digital gespeichert. Zugang und Verarbeitung digitaler Daten sind zu zentralen Größen ökonomischer Wertschöpfung und gesellschaftlich wirksamer Macht geworden.

Zugleich sind digitale Anwendungen und Angebote (z.B. Webbrowser, Suchmaschinen, Soziale Medien) weitgehend in den Händen global agierender Konzerne, die als »ökonomisch supranationale Akteure« die Regeln des Spiels selbst bestimmen. Diese Konzerne konnten sich bislang einer sog. Public Governance überwiegend entziehen. Im Rahmen des Forschungsprojekts wurde untersucht, wie es politisch gelingen kann, Einfluss auf diese supranationalen Akteure zu nehmen.

Neben der fehlenden Public Governance haben die im For-

schungsprojekt engagierten 150 Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen verschiedener Fachrichtungen exemplarisch 24 unerwünschte Nebenwirkungen der Nutzung digitaler Daten identifiziert, unter anderem in den Bereichen Mobilität, Gesundheit oder Soziale Medien. Die Politik in Deutschland steht nach Ansicht der Expert/innen insgesamt vor der Aufgabe, eine gesetzliche und soziale Rahmung für die Nutzung digitaler Daten vorzunehmen. Dabei ist abzusehen, dass es im Prozess der »Neurahmung der digitalen Infrastruktur« zu vielen Abwägungskonflikten kommen wird, die beteiligungsorientiert bearbeitet werden müssen.

Für das dauerhafte Gelingen einer demokratischen Grundordnung müssen in dem Zusammenhang Voraussetzungen erfüllt sein, die auf Ebene der einzelnen Individuen

einer Gesellschaft angesiedelt sind. Dazu gehören die Befähigung zu einer kompetenten und kundigen Wahlentscheidung ebenso wie die Fähigkeit und Bereitschaft politischer Mitwirkung. Die politische Mündigkeit ist jedoch durch Strukturen und Wirkungen von Social Media zunehmend in Gefahr. Zu den direkten Gefährdungen gehören die Manipulation von Daten und die (un-)bewusste Meinungsbeeinflussung. Will man politische Mündigkeit und Demokratiefähigkeit sicherstellen, so müssen Menschen beurteilen können, was eine zuverlässige Informationsquelle ist. Hier erscheinen regulatorische Eingriffe zur Aufrechterhaltung der individuellen informationellen Selbstbestimmung erforderlich. Zum souveränen Umgang mit Informationen gehört zudem die Möglichkeit, diese auf einer sachlichen Ebene kritisch zu diskutieren. Phänomene wie Hate Speech und Geschäftsmodelle, die Polarisierungen begünstigen, verhindern jedoch zunehmend die Sachorientierung öffentlicher Diskurse. Hier braucht es nach Ansicht der Wissenschaftler/innen öffentlich-rechtliche Alternativen als Plattformbetreiber oder unabhängige Regulierungsinstanzen. Zudem sollte reflexive digitale Bildung ein zentraler Baustein von schulischer, politischer und gesellschaftlicher Bildung werden.

Nähere Informationen zum Projekt bei Hanns-Jörg Sippel (sippel@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Abschied in den Ruhestand



N ach 20 Jahren als Referentin für bürgerschaftliches Engagement hat Eva-Maria Antz die Stiftung Mitarbeit Anfang September 2021 verlassen, um sich in den wohlverdienten (Un-)Ruhestand zu verabschieden. Seit 2001 hat sie sich mit viel Herzblut und persönlichem Engagement für die Stärkung der Zivilgesellschaft in Deutschland eingesetzt und mit ihrem Wirken und Wissen an vielen Orten dazu beigetragen, unsere Demokratie von unten zu verändern und gemeinsam mit den Menschen zu gestalten. Für ihren neuen Lebensabschnitt wünschen wir von Herzen alles Gute!

Kommune gemeinsam gestalten

Die Beteiligung der stadtgesellschaftlichen Akteure an kommunalen Entscheidungsprozessen bietet eine Fülle an Chancen. Dabei ist die Spanne der Themenfelder weit. Sie reicht von der Stadt- und Verkehrsplanung über Schule, Umweltschutz und Soziales bis hin zur Entwicklung von Zukunftsperspektiven für die Kommune. Die Initiierung und Realisierung entsprechender Kooperations- und Beteiligungsprozesse stellt allerdings eine Herausforderung dar. Es gilt diejenigen zu erreichen, die sich – aus vielfältigen Gründen – schwer in Beteiligungsprozesse einbinden lassen, aber auch bereits engagierte Einwohner/innen für die Beteiligung zu gewinnen. Die Prozessverantwortlichen stehen zudem vor der Aufgabe, die Verfah-

ren erfolgreich, nachhaltig und für alle Teilnehmenden zufriedenstellend zu gestalten. Im Mittelpunkt des Seminars (*Freitag, 19. November und Samstag, 20. November 2021 in Bielefeld*) steht die Frage, wie Beteiligungsprozesse in der Kommune angestoßen und ausgestaltet werden können. Wo liegen die Ansatzpunkte und Chancen? Welche Probleme können auftreten, welche Lösungswege gibt es? Und wie lassen sich Engagement und Beteiligung in der Kommune sinnvoll verknüpfen? Das Seminar richtet sich an Akteure aus Kommunen, Bürgerschaft, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden, die ihre Kommune aktiv mitgestalten wollen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Online-Workshop · 15./17. November 2021, 16.00–18.00 Uhr

Wirksam werden: Kampagnenplanung

Zivilgesellschaftliche Kampagnen zielen auf eine konkrete politische Veränderung. Verschiedene Aktivitäten, die aufeinander aufbauen, müssen in einem zeitlich befristeten Rahmen strategisch geplant werden. Der zweiteilige Online-Workshop (Montag, 15. November und Mittwoch, 17. November 2021, jeweils 16:00–18:00 Uhr) bietet einen ersten Einstieg ins Thema. Was macht eine gute Kampagne aus? Was sind die Möglichkeiten und Grenzen von Kampagnenarbeit? Wie gelingt die

Kampagnenplanung, welche Ziele, Strategien und Maßnahmen haben sich bewährt? Im Workshop geht es darum, Ansätze für die eigene Praxis zu entwickeln. Der Online-Workshop richtet sich an politische Initiativen und Menschen, die eine lokale oder regionale Kampagne mit Bordmitteln starten möchten. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Bewegungsakademie statt.

Nähere Informationen bei Timo Jaster (jaster@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Moderiertes Online-Gespräch · 25. November 2021, 17.00–19.00 Uhr

Kommunale Leitlinien Bürgerbeteiligung

Von Heidelberg bis Bremen, von Leipzig bis Wuppertal: Mittlerweile haben mehr als 90 Kommunen in Deutschland Regelungen und Leitlinien für die Bürgerbeteiligung erarbeitet. Dabei wurden vor Ort eine Vielzahl von unterschiedlichen Handlungsansätzen entwickelt; aus der gelebten Praxis können nun erste Lehren gezogen werden. Die Bundesstadt Bonn hat 2014 als eine der ersten Kommunen in Deutschland Leitlinien zur Bürgerbeteiligung beschlossen. Im Rahmen des moderierten Online-Gesprächs (Donnerstag, 25. November 2021, 17:00–19:00 Uhr) berichtet Dirk Lahmann, Leiter der

Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung der Bundesstadt Bonn, im Dialog mit den Teilnehmer/innen von den bisher gemachten Erfahrungen. Haben sich die mit den Leitlinien verbundenen Hoffnungen im kommunalen Alltag einer Großstadt erfüllt? Welche Instrumente haben sich bewährt und welche nicht? Die Chancen, Herausforderungen und Perspektiven, die sich mit der Implementierung von Leitlinien für kommunales Handeln ergeben, ist ein wesentlicher Teil der Diskussion.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Praxis-Workshop

Konstruktives Miteinander im Verein

Eine lebendige Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft sind auf das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das freiwillige Engagement im Verein ist dabei weiterhin der Regelfall. Der Verein ist die zentrale demokratische Organisationsform, Vereine sind stets Lern- und Praxisorte der Demokratie. Um in der Gruppe Ziele zu erreichen, sind Meinungsbildung, Kommunikation und Transparenz wichtige und unverzichtbare Elemente.

Der zweitägige Workshop (*Freitag, 5. November und Samstag, 6. November 2021 in Stralsund*) bietet Vorstandsmitgliedern (und allen, die es werden wollen) die Möglichkeit zu reflektieren, wie sie die Kommunikation und die Demokratisierung im eigenen Verein voranbringen können. – Der Workshop findet in Kooperation mit der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern und der Mitmachzentrale Vorpommern-Rügen statt.

Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24–0
Telefax (02 28) 6 04 24–22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Ulrike Sommer (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Köln Bonn eG
IBAN: DE89 3806 0186 2010 5400 14
BIC: GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird gefördert vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.